

# Was geschafft wird

## Lucas Zeise zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

---

Wie – zumindest gefühlt – die halbe Nation hing ich am Mittwoch abend an ihren Lippen. Was würde sie, unsere Kanzlerin, im Gespräch mit der geschmeidigen und zugleich so einfühlsamen Moderatorin sagen? Es war das schon einmal gehörte: »Wir schaffen das.« Und gleich zu Beginn dieses Interviews, in dessen Verlauf das bewegende Thema und die ebenso bewegende Antwort darauf immer neu variiert wurden (und selbst mich zu langweilen begannen), fügte Frau Merkel dem ersten »Wir schaffen das« einen Nachsatz hinzu: »Wir müssen uns nur immer wieder fragen, was das heißt.«

Was in der Tat, schaffen wir denn da, wenn wir es schaffen? Eine Antwort habe ich an dem Abend nicht mehr erhalten. Folgt man Frau Merkel, geht es darum, ob die Landräte, Bürgermeister und ihre Angestellten genug Schulräume requirieren, Feldbetten aufstellen und Asylantragsformulare bereitstellen können. Und ob es gelingt, sowohl dem Arbeitsmarkt viele zusätzliche Kräfte zuzuführen als auch eine geeignete Kontrolle dieser Zufuhr vorzunehmen. Bei alledem soll zugleich suggeriert werden, dies entspreche dem Willen der »christlichen« Partei, dem ihrer Anhänger und der der Mehrheit des Volkes. Wie man erfuhr, ist das gar nicht so einfach. Aber die personifizierte und wieder ganz unaufgeregte Zuversicht wirkte überzeugend.

Was die Kanzlerin weniger interessierte, machten die Wirtschaftsforschungsinstitute zwei Tage später zum Thema. Wenn alles gut läuft, wenn also den Neubürgern schnell Deutsch- und Orientierungskurse angeboten würden, dann könnten, so prognostizierten sie, dem Markt in diesem Jahr schon 100.000 zusätzliche Arbeitskräfte und im nächsten noch mal zwei- bis dreihunderttausend zur Verfügung stehen, meinten sie. Da sie die Dinge aus Prinzip aus Arbeitgebersicht beurteilen, stört sie das nicht weiter. Über die Ausweitung des Wohnungsbedarfes sprachen sie nicht. Den kann sich jeder, ja sogar die Bundesregierung ausrechnen, wenn er die Zahl der Neuankömmlinge kennt.

Dass mehr Nachfrage nach Wohnraum es allen Beteiligten schwerer macht, eine bezahlbare Wohnung zu finden, und dass ein größeres Angebot an Arbeitskräften es allen Beteiligten schwerer macht, eine anständige Arbeit zu finden, ist den weniger Begüterten unter uns klar. Es wäre an der Zeit, dass jemand der Frau Kanzlerin erklärt, dass die Integration der Flüchtlinge nur zu »schaffen« ist, wenn die Regierung Programme für mehr Arbeitsplätze und zusätzliche Wohnungen auflegt. Beides ist schon länger fällig, nun aber wirklich dringend.

Es wundert nicht, dass diese Regierung nichts dergleichen tut. Denn niedrige Löhne und steigende Immobilienpreise sind ihr wichtig. Aber dass sie nicht einmal genötigt wird, ihr Nichtstun zu rechtfertigen, ist widerlich.

Unser Autor ist Finanzjournalist und Publizist. Er lebt in Frankfurt am Main

---

<http://www.jungewelt.de/2015/10-10/042.php>